

Staunen für den Sozialismus

Auf Einladung der IG Metall bereist eine Gewerkschaftsdelegation aus Venezuela die Bundesrepublik

Die einen produzieren Rohstoffe und kooperieren mit der Politik, die anderen verarbeiten das Rohmaterial und verstehen sich auch als Co-Manager: Ein deutsch-venezolanischer Kollegentreff.

Von Helge Buttke

An manchen Maschinen kann sich Yasmin Chauran Aray gar nicht sattsehen. Die zierliche Frau Anfang vierzig mit den typischen Gesichtszügen der venezolanischen Mestizen steht in der Werkhalle der Göttinger Aluminiumfabrik von Novelis und schaut sich die Förderbänder ganz genau an.

Jede Sekunde speit die Maschine zwei neue Kartuschen aus, die später in einer anderen Fabrik mit Kleber für die Autoindustrie gefüllt werden. Die Bänder rattern, Kartusche um Kartusche zieht an Yasmin Chauran Aray vorbei. Sie beugt sich noch tiefer über das Förderband. Sie will alles in sich aufnehmen.

Zu Hause im Bundesstaat Guyana, wo in Venezuela die Schwerindustrie sitzt, hat sie nämlich ebenfalls mit Aluminium zu tun. Dort allerdings werden keine Kartuschen hergestellt, sondern Rohaluminium. »Auf der Tour durch diese Fabrik haben wir die Idee von vielen Arbeitern in Venezuela bestätigt gesehen, dass es wichtig ist, nicht nur primäre Rohstoffe, sondern finale Produkte aus dem Aluminium herzustellen«, sagt sie später. Das stehe auch im Plan »Socialista Guyana«, den Venezuelas verstorbener Präsident Hugo Chávez unter Beteiligung der Arbeiter hatte ausarbeiten lassen.

Chauran Aray sieht ein großes industrielles Potenzial neben dem Ölexport in ihrem Land. Unter anderem aufgrund von Korruption in den staatlichen Unternehmen verlaufe die Umsetzung dieses Planes aber schleppend. Eine Lösung, wie die Probleme der staatlichen Betriebe etwa durch eine eigene Organisation der Arbeiter parallel zum Staat überwunden werden könnten, hat sie derzeit nicht.

Der Blick hinter die Kulissen bei Novelis bestätigt in ihren Augen den Wirtschaftsplan für ein sozialistisches Guyana. Jede Maschine, jedes Produkt, das hier gefertigt wird, zeigt aber auch auf, welche Anstrengungen noch zu bewältigen sind. Um dafür Eindrücke zu sammeln, sind Yasmin Chauran Aray und ihre beiden männlichen Kollegen auf einer Rundreise durch Deutschland und besichtigten Fabriken.

In Venezuela arbeitet Chauran Aray bei der Aluminiumhütte CVG Venalum, der größten des Landes. Deshalb wählte die IG Metall Südniedersachsen Harz das Novelis-Werk in Göttingen als eines der Ziele der Rundreise. 750 Arbeiter fertigen hier in vier Schichten vor allem Zwischenprodukte für die Industrie – Dosendeckel, Druckplatten oder farbige Fassadenverkleidungen.

Die Besichtigung beginnt im Betriebsratsbüro. Neben Chauran Aray und Albert Yvan Cardozo Alarcon, von dem später noch die Rede sein wird, hört auch David José Contreras Mudarras genau zu. Er arbeitet für die verstaatlichte Autoglasfabrik Vivex. Nachdem er und seine Kollegen sie über zwei Jahre lang besetzt hatten, produzieren sie wieder unter staatlicher Führung und gewerkschaftlicher Mitbestimmung Glasscheiben für verschiedene Autohersteller.

Gewerkschaftliche Mitbestimmung – das ist ein Stichwort von vielen, das bei der Übersetzung von der einen in die andere Sprache nur der oberflächlichen Bedeutung nach das gleiche meint. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die Deutschen Zwischen- oder Fertigprodukte herstellen. Das hängt auch damit zusammen, dass die einen in einem hoch entwickelten kapitalistischen Staat leben und arbeiten, die anderen in einem kapitalistischen Umfeld gemeinsam mit der Regierung einen sozialistischen Plan ausgearbeitet haben.

Von Sozialismus ist bei Heiko Henne nichts zu hören. Der kräftige Betriebsratsvorsitzende führt die Gäste in Geschichte und Gegenwart »seines« Unternehmens ein. Er spricht von »wir«, wenn es um betriebliche Abläufe, wenn es um Mitarbeiter,



In Deutschland beginnt die Produktion, wo sie in Venezuela endet – etwa mit riesigen Alurollen, die der Verarbeitung harren. Nicht nur davon ist die Gastdelegation um Yasmin Chauran Aray (unten rechts) fasziniert.

Fotos: Helge Buttke

aber auch wenn es um Entscheidungen der Unternehmensführung geht – und wenn Entlassungen das Thema sind. »Das Geschäft läuft mittlerweile wieder ganz prima«, fasst er zusammen. Seit ein Mitbewerber pleite ist, fänden die Produkte von Novelis wieder mehr Käufer.

Wie viel hier tatsächlich produziert wird, lässt sich in der großen Werkhalle nur erraten. Die gut 60 Arbeiter der Schicht verlieren sich

»Das sind Arbeitsplätze, die müssen wegfallen. Das ist menschenunwürdig.«

Klaus Peter Lerch, Novelis-BR

zwischen Maschinen und den Aluminiumrollen. Rationalisierung ist an jeder Ecke zu spüren. Entlassungen auch. Greifbar wird dies gleich am Anfang des Betriebsrundgangs im Lithografiebereich. Zwei Fertigungsstraßen gibt es bei Novelis, eine steht still und ist in Folie verpackt. Vor zwei Jahren wurden 96 Mitarbeiter in Transfersgesellschaften entlassen – mit einem guten Sozialplan, wie Heiko Henne betont. Beides muss er den venezolanischen Kollegen noch einmal erläutern. Die kennen weder Sozialplan noch Transfersgesellschaften – aber derzeit auch keine Entlassungen. »Das ist eine politische Entscheidung«, sagt Cardozo Alarcon. Die deutschen Gewerkschafter stau-

nen. Es wird nicht das einzige Mal bleiben.

In der Fabrik selbst staunen jedoch erst einmal die Besucher aus Venezuela. Zwar hat Betriebsrat Henne bereits im Vorgespräch erzählt, dass bei Novelis der Grundstoff angeliefert und nicht hergestellt wird. Die Frage nach der Elektrolyse, mit der aus Bauxit Rohaluminium gewonnen wird, kommt aber dennoch immer wieder auf. Die großen blitzenden Alurollen, die in verschiedenen Größen und Durchmessern am Anfang der Produktionsstraße auf Verarbeitung warten, sind für die drei Gäste aus Lateinamerika ebenso unbekannt wie sie die Sauberkeit der Fabrik erstaunt. Bei ihnen in Venezuela entstehen vor allem Aluminiumbarren, wie sie auch in Göttingen eingesetzt werden. Alufolie ist fast das einzige Endprodukt, das sie selbst herstellen könnten, berichtet Yasmin Chauran Aray und prüft mit ihren Kollegen sorgfältig die dünnen Aluminiumplatten, die auf einem Tisch neben einer der Produktionsstraßen bereitliegen. Hier werden farbige Aluminiumplatten produziert, die für die Verkleidung von Häusern gebraucht werden, erklärt Henne. Viele Tausend unterschiedliche Farben seien möglich.

Vor den Toren der Fabrikhalle stapeln sich Paletten. Albert Yvan Cardozo Alarcon interessiert das besonders. »Stellt ihr die selbst her?«, will der Venezolaner wissen. Das wird verneint. Dafür gebe es einen externen Dienstleister. Die Frage des Venezolaners, dessen Fabrik feuerfeste

hätten zerschundene und zerschnittene Hände von den scharfen Kanten des Aluminiums gehabt. Was für den deutschen Kollegen damit abgeschlossen ist, führt den Venezolaner zu einer längeren Diskussion mit seinem deutschen Begleiter und Übersetzer David Wende vom Berliner Verein Interbrigadas.

»Wozu der Fortschritt?«, fragt er. Da müsse die Gewerkschaft doch was machen. Aber ihm wird schnell klar: Der Konkurrenzdruck zwingt die Firmen im Kapitalismus zu Rationalisierungen und Entlassungen. Ohne die Änderung der Eigentumsverhältnisse ändere sich nichts.

Die gibt es in Venezuela schon, auch wenn die Staatswirtschaft viele Probleme bereitet. Im Nachgespräch zurück im Betriebsratsbüro kommen diese zum Teil zur Sprache. Während bei Novelis die Personalkosten laut Heiko Henne nur noch sieben bis acht Prozent ausmachen, die Materialkosten dagegen 80 Prozent, gibt CVG Venalum knapp die Hälfte für das Personal aus, so Chauran Aray. »Wir haben absoluten Kündigungsschutz, bei uns gibt es keine Subunternehmer im Betrieb.« Die Gewerkschafterin erntet erstaunte Blicke der deutschen Kollegen. Die Kehrseite der staatlichen Produktion liefert sie im nächsten Satz: Für den Gegenwert einer Tonne des selbst produzierten Aluminiumrohstoffs kann Venezuela nur wenige 100 Gramm fertiges Material einführen. Das sei kein gutes Verhältnis, kommentiert Betriebsrat Henne. Das muss sich ändern, findet dann auch der Venezolaner Cardozo Alarcon.

»Es gibt Möglichkeiten, dass der Staat die Produktion subventioniert, aber es braucht Leute, die das machen«, sagt er. Immer wieder betont er wie die anderen beiden venezolanischen Arbeiter, dass sie die Regierung in ihrem Land auf ihrer Seite wissen. Die Probleme und die Ursachen der Korruption fallen dann eher unter den Tisch. Auf der anderen Seite versetzen Entscheidungen der venezolanischen Regierung wie die Rente mit 55 für Frauen und 60 für Männer bei voller Anrechnung von Erziehungszeiten und Hausarbeit die Betriebsräte sowie IG-Metall-Sekretärin Berlin in Erstaunen. Auch die Idee von Cardozo Alarcon, die IG Metall könnte den Arbeitern in Venezuela am Staat vorbei im Sinne der internationalen Klassen-solidarität beim Aufbau eines eigenen kleinen Recyclingwerkes für Aluminium helfen, ist für Berlin und Betriebsrat Henne »sehr ungewöhnlich«.

»Für so etwas müssen wir uns erst besser kennenlernen«, schiebt der Venezolaner nach. Die Unterschiede zwischen Deutschland und Venezuela sind groß. Auch zwischen den Gewerkschaften.

Maduro macht aus der Not eine Tugend

Venezuelas Präsident kehrt Finanzmärkten den Rücken

Von Martin Ling

Es ist die Flucht nach vorne: Wegen steigender Zinsen will sich Venezuela laut Präsident Nicolas Maduro kein Geld im Ausland mehr leihen. Man werde die Bedingungen der globalen, kapitalistischen Banken nicht akzeptieren und keine Darlehen mehr aufnehmen, sagte das linksgerichtete Staatsoberhaupt in einer Fernsehansprache. Das Land habe zum Glück andere Geldquellen. Das ist zwar richtig, denn China hat schon im Fall des seit der Pleite 2002 von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnittenen Argentinien gezeigt, dass es bereit ist, Kredit aus seinen reichen Devisenbeständen von über zwei Billionen Dollar zu gewähren – gegen die Verpfändung künftiger Rohstofflieferungen, im Falle Argentiniens insbesondere Soja.

Die andere Devisenquelle, auf die Maduro abhebt, droht zwar nicht zu versiegen, doch sie ebbt ab: die Öleinnahmen. Vier Jahre war der Ölpreis konstant wie selten und mit rund 110 US-Dollar pro Barrel (159 Liter) auch relativ hoch. Für ein Land wie Venezuela, das über 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen aus dem Verkauf des Schwarzen Goldes bezieht, ist die Entwicklung des Ölpreises von fundamentaler Bedeutung.

Statt bei 110 Dollar dümpelt der Ölpreis nun trotz der Krisen im Nahen Osten bei 83 Dollar. Das ist weit unter den in Venezuela für dieses Haushaltsjahr kalkulierten Margen und reißt eine Lücke in die Staatskasse.

Das grundlegende Problem Venezuelas ist die sogenannte Holländische Krankheit. In den Niederlanden wurde in den 1960er Jahren nach dem überraschenden Fund reichhaltiger Erdgasvorkommen zum ersten Mal festgestellt, dass sich Rohstoffreichtum in einen Fluch verwandeln kann. Der Zufluss von reichlich US-Dollar aus dem Rohstoffexport führt zu einer Aufwertung der eigenen Währung. Der angenehme Aspekt daran ist, dass sich die Importkapazität des Landes erhöht, spricht sich das Land mehr Güterimporte leisten kann. Der negative und schwer wiegende Nachteil besteht darin, dass einheimische Produzenten an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, sowohl gegenüber Importeuren als auch auf dem Weltmarkt, sofern es sich um Unternehmen handelt, die etwas anderes als Rohstoffe exportieren. Der Verlust an Arbeitsplätzen in jenen Sektoren ist fast unumgänglich. Die ganze Volkswirtschaft bekommt so mehr und mehr Schlagseite in Richtung des dominanten Rohstoffsektors, in Venezuela dem petrochemischen Sektor.

In Venezuela hat die Holländische Krankheit unter anderem die einheimische Landwirtschaft befallen. Das Land ist seit Jahrzehnten auf beträchtliche Nahrungsmittelimporte angewiesen, obwohl es potenziell an geeigneten Agrarflächen nicht fehlt. So ist Venezuela das einzige südamerikanische Land mit einer negativen Agrarbilanz.

Fakt ist: Venezuela braucht Kredit, um unter anderem auch die Ölindustrie wieder auf Vordermann zu bringen. Und Fakt ist: Zu den aktuellen Finanzmarktbedingungen kann sich Venezuela keine Kredite mehr leisten. Ein Verzicht ist dann weise, aber auch Ausdruck der Krise. Ein Ausdruck davon ist der Schwarzmarkt: Dort wird der US-Dollar für weit mehr als das Zehnfache des offiziellen Kurses gehandelt.